Rappenau und Umgebung in der Weimarer Zeit im Spiegel der zeitgenössischen Presse

Michael Rothenhöfer

Die Weimarer Zeit ist oft ein Stiefkind der Ortsgeschichte. Das mag damit zusammenhängen, dass es Experimente mit „Arbeiter- und Soldatenräten" in kleineren Ortschaften nicht gab und Deutschland damals stärker zentralisiert wurde, als je zuvor. Trotzdem ist auch in der Weimarer Zeit eine Zusammenschau lokaler und überregionaler Ereignisse lohnenswert: Die lokalen Ereignisse werden vor dem Hintergrund größerer Zusammenhänge besser verstehbar und die Ortsgeschichte kann ihrerseits konkretisieren, warum die Weimarer Republik mit Problemen kämpfte. Der vorliegende Beitrag nähert sich der Geschichte Rappenaus und seiner Umgebung in der Weimarer Zeit anhand von zeitgenössischen Presseartikeln. Berücksichtigt wurde vor allem der liberale „Landbote" aus Sinsheim und das SPD-Blatt „Volkszeitung", das in besonderer Weise zeigt, wie die Ortsgeschichte in die große politische Geschichte eingebunden ist. Wegen der damaligen gesellschaftlichen Gegensätze besaßen allerdings auch Katholiken (mit dem „Pfälzer Boten"), Konservative (mit den „Heidelberger Neuesten Nachrichten"), und Nationalsozialisten (mit der „Volksgemeinschaft") eigene nordbadische Regionalzeitungen, die in der Karlsruher Landesbibliothek eingesehen werden können und hier nur vereinzelt zitiert werden. Sechs Unterkapitel greifen die regional oder überregional bedeutsamen Themen der Presse auf. In der Zeit bis 1923 zählen dazu die schlechte Lebensmittelversorgung, die Zwangswirtschaft und der damit zusammenhängende Schleichhandel. Davon handelt das erste Kapitel („Rappenau zur Zeit der Schmuggler und Schwarzhändler"). Das zweite Kapitel widmet sich den politischen Auseinandersetzungen zwischen Republikanern, Monarchisten und Rechtsextremen, die bis in die lokalen Verhältnisse spürbar sind („Kampf um Republik oder Monarchie"). Das dritte Kapitel befasst sich mit der heute schwer verständlichen Begeisterung für den als „überparteilich" wahrgenommenen Reichspräsidenten Hindenburg, dem in Wimpfen 1927 eine Neckarbrücke gewidmet wurde („Eine Brücke zu Hindenburgs Geburtstag"). Das vierte Kapitel schildert, wie Nationalsozialisten 1929 eine Wahlkampfveranstaltung des SPD-Politikers Christian Stock in Kirchhardt sprengen, ergänzt um biographische Notizen zu Stock, der 1948 als hessischer Ministerpräsident im Parlamentarischen Rat mit dem Votum für das Grundgesetz die Lehren aus dem Scheitern der Weimarer Verfassung zog („Nationalsozialistische Drohgebärden im Landtagswahlkampf"). Das fünfte Kapitel erzählt von der Genugtuung vor allem der konservativen Presse über die Segelflugerfolge des Rappenauer Flugpioniers Albert Botsch („Wie Flugpionier Botsch aus Rappenau einen Platz an der Sonne gewann"). Das sechste Kapitel handelt von zwei jedenfalls lokal bedeutsamen Rappenauer Ereignissen aus dem Herbst 1930: Der Verleihung des „Bad"-Titels und der Einweihung der neugebauten katholischen Kirche.

Ursprünglich war vorgesehen, die Kapitel als Artikelserie in der Presse zu veröffentlichen. Ihre Zusammenfassung ändert nichts daran, dass jedes Kapitel aus sich heraus verständlich ist und auch einzeln gelesen werden kann.

Rappenau zur Zeit der Schmuggler und Schwarzhändler

Im Dezember 1920 wurde der Landwirt S. aus Rappenau verhaftet. Sein Verstoß: Er hatte zwei Zentner Weizen zu einem hohen Preis auf dem Schwarzmarkt verkauft.[1] Dies war seit der Zeit des Nahrungsmangels im Ersten Weltkrieg wegen „Preistreiberei" unter drakonische Strafen gestellt worden: Gefängnis oder eine Geldstrafe bis zu 200.000 Mark drohten dem, der, wie der Landwirt S., für *„Gegenstände des täglichen Bedarfs"* einen *„übermäßigen Gewinn"* erzielte.[2] Doch auch Strafen konnten den Verkauf auf dem Schwarzmarkt nicht unterbinden. Dort ließen sich zwei Jahre nach dem Ersten Weltkrieg noch Höchstpreise erzielen, da die unterversorgte Stadtbevölkerung, soweit sie Schwarzmarktpreise bezahlen konnte, zu den Bauern kam, um Hamsterkäufe zu tätigen.

Zeitgenössischen Berichten zufolge waren die Züge von Mannheim raus aufs Land überfüllt von „Schleichhändlern", die Kartoffeln, Eier, Butter, Milch und Mehl unter Mänteln und in Rucksäcken versteckten. In Sinsheim wurde damals ein *„Hamster-Auto"* angehalten, in dem neben ansehnlichen Lebensmittelvorräten sogar ein lebendes Schwein geschmuggelt wurde.[3] In noch größerem Stil agierte ein Schleichhändlerring bestehend aus Kraichgauer Bauern und Viehhändlern aus Rappenau und Heinsheim, die nächtens das Großvieh auf der Siegelsbacher Straße in Rappenau verschoben. Als der Ring aufflog, wurden die Beteiligten ins Amtsgefängnis nach Sinsheim gebracht.[4] Wie hart die Urteile gegen Schwarzhändler waren, zeigt das Beispiel eines Jagstfelder Gemeinderates: Er wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt, weil er wiederholt größere Sendungen an Lebensmitteln an Familien in Frankfurt am Main verschickt hatte, die er während ihres Kuraufenthaltes in Wimpfen kennen gelernt hatte.[5] Vieles wurde zudem geklaut; nächtliche Hühner- und Felddiebstähle waren keine Seltenheit. Es wurde deshalb an das Gewissen der Bauern appelliert, Kartoffeln und Getreide zu einem Festpreis abzuliefern, damit sie gegen Lebensmittelkarten auch der ärmeren Bevölkerung zu Gute kommen konnten. Diese litt auch 1920 noch an Nahrungsmangel, was sich in Rappenau etwa dadurch bemerkbar machte, dass in dem dortigen Kindersolbad die Ruhrepedemie ausbrach,[6] weil das durch Notzeiten geschwächte Immunsystem der Kinder die Krankheit nicht abwehren konnte.

Viele Bauern waren aber des Systems der Zwangswirtschaft überdrüssig und die Ablieferungspflicht konnte nach dem verlorenen Weltkrieg auch nicht mehr damit begründet werden, dass ein Sieg nur möglich sei, wenn *„Menschen und Tiere ungeschwächt in den Endkampf"*[7] treten. Da Appelle wenig fruchteten, forderte die Staatsanwaltschaft Heidelberg zu Beginn der Ernte jeden *„der von einer Preistreiberei Kenntnis erhält"*, dazu auf, *„hiervon dem nächsterreichbaren staatlichen Organ unverzüglich Anzeige"* zu erstatten und als *„Zeuge vor Gericht"* gegen Nachbarn und Geschäftspartner auszusagen.[8] Vielleicht war eine solche Anzeige auch der Grund, dass am 6. März 1920 eine Kontrollkommission bei einem Heinsheimer Bauern, der *„nichts mehr haben wollte"*, 20 Zentner Mahlfrucht und 9 Zentner Mehl beschlagnahmte. Dadurch wurden die anderen Bauern gewarnt. Einer von ihnen fuhr morgens um drei Uhr in die Mühle, um sein Getreide mahlen und so verschwinden zu lassen. Als er aber am Morgen zurückkam, beschlagnahmte die Kontrollkommission das Mehl.[9] Zum Verlust der Vorräte kam noch die soziale Ächtung: Bauern, die ihrer Ablieferungspflicht nicht nachkamen, wurden namentlich in der Zeitung genannt und – wie Landwirt S. aus Rappenau – als „Wucherer" oder „Preistreiber" an den Pranger gestellt. Sie wurden damit genauso behandelt wie überführte Felddiebe, die nach einem Beschluss des Gemeinderates Rappenau ebenfalls in der Zeitung veröffentlicht wurden.[10]

Der fünfte apokalyptische Reiter.

Der Wucher: „Halt, laßt mich mit, ich bin mindestens so gefährlich wie ihr!" (Quelle: Die Muskete, Humoristische Wochenschrift, Bd. 20, Nr. 499, Wien, 22. April 1915).

Vergleichsweise glimpflich lief dagegen ein Rechtsverstoß ab, den mein Rappenauer Urgroßvater zu Zeiten der Zwangswirtschaft beging. Damals benötigte man für die Hausschlachtung eine behördliche Genehmigung. Er hatte nur die Genehmigung zur Schlachtung eines Schweines bekommen, tatsächlich aber zwei Schweine geschlachtet. Die Zerlegung und die weiteren Arbeiten wurden in der Waschküche durchgeführt, deren Fenster einen Blick auf den Gehweg gewährten. Als plötzlich eine Nachbarin auftauchte, trug man in aller Eile zwei Schweinehälften weg. Die Nachbarin hatte die Situation rasch erfasst und bemerkte: „Hat Eure Sau zwei Schwänze gehabt?". Man hatte in der Eile eine falsche Hälfte erwischt. Die Nachbarin beließ es jedoch bei der Bemerkung.

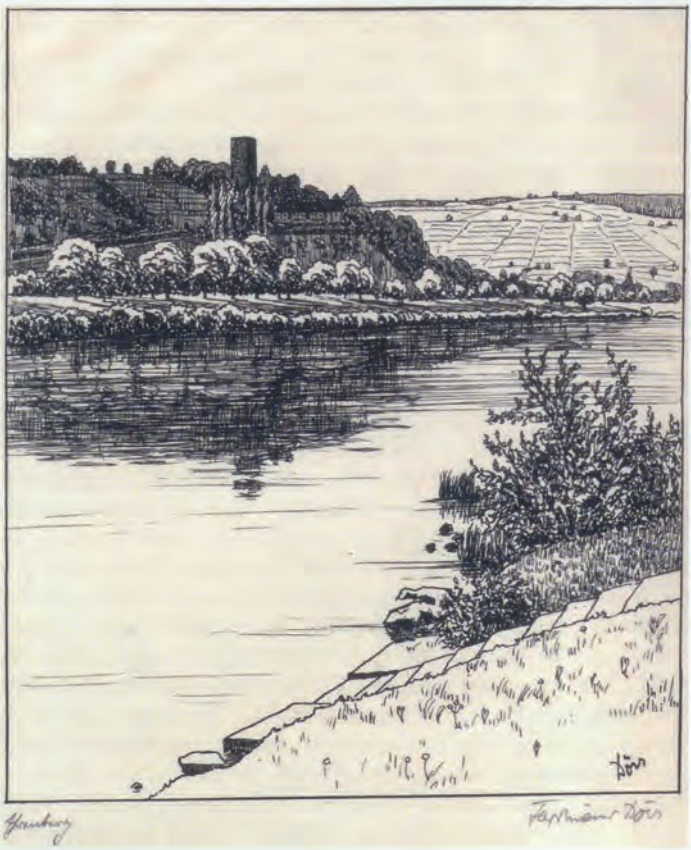
Kampf um Republik oder Monarchie

Was eine SPD-Zeitung im März 1921 über Vorgänge in Heinsheim berichtete, klang fast wie eine Verschwörung: Auf der altersgrauen Burg Ehrenberg herrsche ein *„geheimnisvolles Treiben"*.[11] Auf der Burg hätten unter der Leitung der Majorin von Grollmann *„Versammlungen stattgefunden, zu denen"* [...] *„nur jene Leute"* [...] *„eingeladen wurden, deren reaktionäre, der Republik feindliche Gesinnung außer Zweifel stand."*[12] *„Als Macher vom Ganzen"* habe sich ein gewisser Dr. Müller aus Rappenau aufgespielt, der den Versammelten *„ein Loblied auf die Monarchie"* vorgesungen und die Anwesenden *„zum Kampf gegen die Republik"* bzw.

den Bolschewismus aufgerufen habe.[13] Um die Monarchie in den nächsten drei bis fünf Jahren wieder aufzurichten, habe er auch mit viel Geld eine Organisation gegründet, der Sozialdemokraten nicht beitreten dürften.

Wie viele Rappenauer der antirepublikanischen Organisation des Dr. Müller beigetreten sind, lässt sich heute nicht mehr rekonstruieren. Der Zeitungsbericht aus dem Jahr 1921 beleuchtet aber ein Grundproblem der Weimarer Zeit: Die Republik wurde von Rechtsradikalen, Monarchisten und Kommunisten bekämpft, nicht selten auch gewaltsam, wie beim linken Spartakusaufstand (1919) oder beim rechtsgerichteten Kapp-Putsch (1920) und bei den Attentaten auf Erzberger (1921) und Rathenau (1922). Als die Republik dann noch durch die gewaltsame französische Besetzung des Ruhrgebiets geschwächt wurde (1923), planten Teile der KPD (Kommunistische Partei Deutschlands) eine „deutsche Oktoberrevolution"[14] und die bayerischen Rechtsextremen eine „nationale Revolution" mit einem „Marsch auf Berlin" nach dem Vorbild der italienischen Faschisten. Beide Revolutionsvorhaben hatten keinen Erfolg: Ein Aufstand der Hamburger Kommunisten, bei dem es 41 Tote gab,[15] wurde ebenso von der Polizei niedergeschlagen, wie Hitlers Putschversuch am 9. November 1923.

Diese Gewaltexzesse und Putschversuche, auch wenn sie sich im fernen Berlin, München oder im Ruhrgebiet abspielten, haben die Menschen im Raum Sinsheim/Rappenau bewegt. So beteiligte sich etwa die Landarbeiterschaft des Guts Zimmerhof am Generalstreik gegen den Kapp-Putsch, um zu beweisen, *„dass sie treu und*



Auf der Burg Ehrenberg organisierte Majorin Grollmann 1921 antirepublikanische Versammlungen (Lithographie aus der Mappe „Der Neckar" von Ferdinand Dörr, um 1920. Quelle: Stadtarchiv Bad Rappenau).

einig der alten Regierung zur Seite steht."[16] Und gegen die französische Besatzung 1923 sammelte der Sinsheimer Landbote die „Rhein- und Ruhrspende", für die auch Postbeamte und Lehrer aus Rappenau namhafte Beträge gaben.[17] Der Mord an Außenminister Rathenau ließ die demokratischen Kräfte in Sinsheim zusammenrücken: Gemeinsam hielten DDP (Deutsche Demokratische Partei/linksliberal) Zentrumspartei (katholisch), SPD und Gewerkschaften am 2. Juli 1922 eine Trauerfeier für den von Rechtsradikalen ermordeten, jüdischen Außenminister ab, in der sie Rathenau als „*Politiker von allergrößter Bedeutung*"[18] würdigten. Sein Verdienst sei es gewesen, „*die englischen Politiker von der Gemeingefährlichkeit der französischen Politik für die ganze Welt*"[19] zu überzeugen. Durch den Vertrag von Rapallo habe er gezeigt, daß „*Deutschland zum erstenmal wieder aktiv in die Politik eingriff*" und schon während des Krieges habe der Ermordete „*durch Organisierung der Kriegsrohstoffe uns ein längeres Durchhalten ermöglicht*".[20] In einer Resolution drückten die versammelten Sinsheimer „*anläßlich der* [...] *Ermordung Walther Rathenaus*" [...] „*ihre tiefste Abscheu aus. Sie sehen in diesem fluchwürdigen Verbrechen einen Anschlag auf den Bestand der Republik. In tiefer Trauer*" [...] legten „*die Versammelten das Bekenntnis ab, den Kampf für die Republik und gegen die Reaktion rücksichtslos aufzunehmen und zum Schutze der republikanischen Verfassung in geschlossener Front zusammenzustehen*".[21]

Das Attentat auf Rathenau führte nicht nur in Sinsheim zu einem Zusammengehen der demokratischen Kräfte. Auch die Wiedervereinigung von eines Großteils der USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands) mit der SPD 1922[22] war eine politische Antwort auf die Ermordung des deutschen Außenministers. All das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die demokratischen Parteien in der Weimarer Zeit so zerrissen waren, dass ein kraftvolles parlamentarisches Regieren - zumal gegen einen starken Reichspräsidenten - nicht möglich war: Das katholische Zentrum war für Protestanten unwählbar, der Liberalismus war in zwei Parteien gespalten (DDP/Demokratische Volkspartei DVP) und für die erst 1922 wiedervereinigte Sozialdemokratie bedeutete eine Koalition mit der DVP Stresemanns, die das Großkapital vertrat, eine Zerreißprobe. Gänzlich undenkbar war eine Koalition zwischen der SPD und den verkappten Monarchisten von der DNVP (Deutschnationale Volkspartei). Im Kaiserreich waren die Sozialdemokraten unterdrückt worden, weshalb die Heinsheimer Genossen den ersten Jahrestag der Novemberrevolution 1918 feierlich mit Reden, Musikvorträgen und Theateraufführungen begingen.[23] Für sie war der 9. November kein Tag des „Dolchstoßes", sondern ein Tag des Kriegsendes und ein Tag der Befreiung von der Fürstenherrschaft.

Umso empörter waren die Genossen, als die Fürstenhäuser Ende 1925, zwei Jahre nachdem die Mehrheit der Deutschen ihre Ersparnisse in der Hyperinflation verloren hatte, eine Entschädigung von 2,6 Milliarden Mark für ihre 1918 erlittenen Vermögensverluste verlangten. Die SPD setzte sich deshalb gemeinsam mit der KPD für einen Volksentscheid ein, durch den die Fürsten entschädigungslos enteignet werden sollten. Auch in Rappenau wurde eine Versammlung abgehalten, in der der Genosse Hanser ausführte, dass das Eigentum der Fürsten häufig durch „*Verrat deutscher Interessen, Heuchelei, Diebstahl und ähnliche Dinge*"[24] zustande gekommen sei. Noch drastischer machte das Heidelberger SPD-Blatt „Volkszeitung" Stimmung gegen die Fürsten: „*In einer so schlimmen Notzeit bedeuten die maßlosen Forderungen der abgehalfterten Fürsten einen frechen Faustschlag gegen das deutsche Volk.*"[25] „*Neunmal*" sei „*das deutsche Volk aufgefordert worden, das Letzte zusammenzuraffen, um Kriegsanleihen zu kaufen*",[26] während „*Wilhelm der*

Zweite und der Letzte"[27] seine amerikanischen und russischen Aktien und Obligationen behalten habe und in seinem niederländischen Exil in Doorn immer noch ein Privatvermögen von mehreren Millionen Goldmark sowie 290 Morgen Land besitze.[28] „*Haus Doorn*" sei „*bis unter das Dach mit* [...] *wertvollsten Möbel, Teppichen und Bildern vollgestopft. Die Silberkammer des ‚Hauses Doorn'* " enthalte „*eintausend silberne Eßteller*".[29] „*Andere Nationen*" seien „*bei Revolutionen ihren Fürsten anders entgegengetreten*" und hätten sie „*aufgehängt*". Das „*deutsche Volk*" sei „*eben zu anständig*".[30]

Die konservativen Gegner des Volksbegehrens stellten auf den Schutz des Eigentumsrechts ab. Mit der Enteignung werde bei den Fürsten angefangen, dann komme die Kirche und der Grundbesitz an die Reihe, schließlich drohe die Streichung der Pensionen und Renten. Es drohe eine Bolschewisierung.

Der mit massiver Wahlpropaganda geführte Volksentscheid löste unter dem Schlagwort „Republik oder Monarchie" eine grundlegende gesellschaftliche Auseinandersetzung aus.[31] Da die Reichsregierung auf Ersuchen Hindenburgs den Gesetzesentwurf zur „Enteignung der Fürstenvermögen" aber für verfassungsändernd erklärt hatte, war die Hürde für die Befürworter der Enteignung sehr hoch: Für die Annahme war statt der einfachen eine absolute Mehrheit der Stimmberechtigen erforderlich.[32] Diese wurde weder im Reich (39,9 % Zustimmung)[33] noch in Rappenau (35,8 % Zustimmung)[34] erreicht. Insgesamt stimmten 14,4 Millionen Deutsche für die Enteignung. Wilhelm der Zweite kommentierte das Wahlergebnis auf seine Weise: „Also gibt es 14 Millionen Schweinehunde in Deutschland"[35].

Eine Brücke zu Hindenburgs Geburtstag

Als am 2. Oktober 1927 in Wimpfen im Tal eine neue Neckarbrücke eingeweiht wurde, war erstmals seit der Zerstörung der römischen Vorgängerbrücke im Jahr 1301 eine Neckarquerung von Wimpfen nach Offenau wieder schnell und nun auch kostenfrei ohne Nutzung einer Fähre möglich.[36] Vor allem bei Hochwasser, wenn die Neckarfähren ausgefallen waren, mussten die Autos und Fuhrwerke jetzt nicht mehr den 26 Kilometer weiten Umweg über Heilbronn nehmen. Die neue Brücke hatte aber nicht nur eine verkehrstechnische Funktion. Die Wimpfener gaben ihr noch eine besondere symbolpolitische Bedeutung: Sie nannten den Brückenneubau nach dem damaligen Reichspräsidenten Hindenburg und weihten ihn zu dessen 80. Geburtstag ein.[37]

Heute ist das Ansehen Hindenburgs kompromittiert, weil er im Grunde seines Herzens ein Monarchist geblieben war und eine autoritäre Regierung der Demokratie vorzog. Er war es dann auch, der am 30. Januar 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannte und damit einen Prozess einleitete, der in die totalitäre Führerherrschaft mündete. Aber auch seine Beliebtheit im Jahre 1927 scheint erklärungsbedürftig. Im Ersten Weltkrieg hatte er sowohl als Oberbefehlshaber OberOst, als auch als Chef der Obersten Heeresleitung wenig getan, was seine Verehrung rechtfertigen würde: Der Sieg bei Tannenberg, der ihm zugeschrieben wurde, ging in Wirklichkeit auf die strategische Arbeit seines energischen Stabschefs Ludendorff zurück. Dazu kamen Fehlentscheidungen: So sprach sich Hindenburg für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg aus, der zum Kriegseintritt der USA führte, und hielt stets am Gedanken eines „Siegfriedens" fest, der eine diplomatische Verständigung, soweit sie zwischen den Kriegsgegnern möglich gewesen wäre, von vornherein unmöglich machte. Die deutsche Öffentlichkeit sehnte sich aber nach Kriegshelden und erklärte Hindenburg zum „Befreier Ostpreußens".

Da Hindenburg der politischen Linken mit Hilfe der „Dolchstoßlegende" die Schuld an der militärischen Niederlage zuschob, blieb seine Position als Nationalheld auch nach dem Sturz der Monarchie unangefochten. Der Mythos Hindenburg verstärkte sich sogar noch, weil auch Republikaner dem ehemals preußisch-königlichen General hoch anrechneten, dass er nach dem Waffenstillstand einen geordneten Rückzug des Weltkriegsheeres sicherstellte und dadurch die Gefahr eines Bürgerkrieges abwenden half. Zu seinem 80. Geburtstag war Hindenburg, der seit 1925 Reichspräsident war, auf dem Zenit seines öffentlichen Ansehens. Selbst unter den Sozialdemokraten, Katholiken und Juden gab es Anhänger des protestantisch-preußischen Reichspräsidenten. Dies belegt ein Gedicht des jüdischen Wimpfener Heimatdichters Ernst Mannheimer, der bei der Einweihung der Hindenburgbrücke den Neubau mit der Stellung des Reichspräsidenten verglich. Er reimte: *„Wie die Brücke sich wölbet in hohem Bogen/ Ueber des Neckars leise rauschenden Wogen:/Also stehet er* [Hindenburg] *ob der Parteien Getriebe, /Umgeben von Deutschlands Achtung und Liebe./Als Pfeiler er dienet dem Ganzen zum Halt, /Kein Anderer macht es ihm nach so bald!"*[38] Und wie der greise Reichspräsident selbst, sollte auch die nach ihm benannte Brücke ein Zeichen der Einheit der Deutschen sein. In der Urkunde, die in den Schlußstein der Hindenburgbrücke eingelassen wurde, heißt es daher: *„In wirtschaftlich schwerster Zeit entstanden, möge die Brücke ein Zeichen des Gemeinsinnes des Volkes und deutscher Einheit, in Ewigkeit dauern und den Ländern und Gemeinden, deren Verkehr sie zu dienen bestimmt ist, reichen Segen bringen!"*[39]

Nicht alles davon ist in Erfüllung gegangen. Jedenfalls hat die Hindenburgbrücke nicht Ewigkeiten überdauert. 1945 wurde sie von den Nazis gesprengt, um den amerikanischen Truppen die Neckarquerung zu erschweren.[40] Kriegstaktisch war die Sprengung weitgehend sinnlos, sie hat den Vormarsch der Amerikaner nur um kurze Zeit verzögert. Für die Wimpfener wog der Verlust der Brücke dagegen schwer. Sie mussten acht Jahre lang – bis zum Aufbau einer neuen Brücke im Jahr 1953 – wieder Fähren benutzen. Neben der Hindenburgbrücke wurde durch den Zweiten Weltkrieg auch der Mythos Hindenburg weitgehend zerstört. Zwar wurde Hindenburg die Ehrenbürgerwürde, die ihm die Stadt Bad Wimpfen 1933 verliehen hat, nicht aberkannt.[41] Die 1953 eingeweihte Neckarbrücke bekam aber einen historisch unverfänglichen Namen: Man nannte sie „Hohenstaufenbrücke".[42]

Nationalsozialistische Drohgebärden im Landtagswahlkampf

Mit Rechtsradikalen hatte der SPD-Kandidat des Wahlkreises Wiesloch-Sinsheim bei der badischen Landtagswahl 1929, Christian Stock, gewisse Erfahrungen. Als Staatssekretär im Berliner Reichsministerium hatte er das Verhalten der Offiziere während des rechtsgerichteten Kapp-Lüttwitz-Putsches untersucht,[43] war dann aber nach Heidelberg zurückgekehrt und hatte sich der Kommunal- und Landespolitik gewidmet.[44] Was bei einer seiner Wahlkampfveranstaltungen am 29. September 1929 in Kirchhardt geschah, dürfte dennoch für ihn ein Albtraum gewesen sein: Als er reden wollte, stürmten Nationalsozialisten das Lokal. Eigentlich hatten die Nazis eine Veranstaltung in Rappenau angesetzt, *„rückten dort* – wie das SPD-Blatt „Volkszeitung" berichtete[45] – *mit drei Lastautos voll besetzt von auswärts an, durchzogen mit Musik den Ort und fanden doch ein leeres Lokal; lediglich ihre Getreuen waren da. Wutentbrannnt beschlossen sie"* daraufhin, die SPD-Veranstaltung von Christian Stock in Kirchhardt *„zu sprengen."* [...] Dort sprach ein gewisser Plattner aus Karlsruhe als ihr Vertreter: *„Der Sozialdemokratie, ihren Ministern*

und Abgeordneten wirft er bewußten Landesverrat wegen Zustimmung und Unterzeichnung des Versailler Diktats vor. [...] *Den Reichsfinanzminister Dr. Hilferding vergleicht er mit einem polnischen Schuhriemen- und Taschentuchhändler, der nur ein Interesse habe, die Börsenjobber und das Großkapital zu schützen. Die Sozialdemokratie schütze und erhalte den Kapitalismus, andernfalls hätten sie ihn 1918 beseitigt.* [...] *Dann kam die Herunterziehung aller führenden Personen in der ordinärsten Weise* [...]. *Die Nennung eines Namens hatte gewöhnlich die Begleitmusik: die Lumpen, Diebe, Verräter usw.*" Die Volkszeitung führt weiter aus: *Die* [...] *Hitlerianer* [...] *werden quasi gedrillt in der Geistesauffassung, daß Demokratie und Republik nur Korruption bedeutet und ihre Führer nur Schädlinge des Volksganzen sind. Die Minister werden so hingestellt, als ob sie nur ihren Interessen nachjagten, jede ihrer Handlungen ist Vaterlandsverrat oder Volksbetrug.* [...] *Ja, man will mehr, indem man, wie in Italien, jede andere politische Meinung mit Gewalt zum Schweigen bringt.* [...] *Wir rufen aber nicht nach der Polizei gegen dieses Rowdietum, aber für alle die, die es noch nicht sind, gilt jetzt mehr wie je, die Aufforderung, sich im Reichsbanner zum Schutz und Trutz von Demokratie und Republik und nicht zuletzt der sozialistischen Sache zu vereinigen.*[46]

Dass der Verfasser des Artikels die Versammlung nicht von der Polizei, sondern vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, einer Selbstschutzorganisation der demokratischen Parteien Weimars, schützen lassen will, überrascht. Den heute selbstverständlichen Polizeischutz friedlicher Versammlungen vor gewaltsamen Störungen kannte eigentlich auch schon die Weimarer Republik (§ 107a StGB der damaligen Zeit).[47] Möglicherweise war das Auftreten der Nationalsozialisten in Kirchhardt dazu nicht hinreichend gewalttätig. Generell waren jedoch die Demokraten von 1918–1933 zu zurückhaltend gegenüber Verfassungsfeinden. Die Weimarer Reichsverfassung, die Christian Stock als Mitglied der verfassungsgebenden Nationalversammlung selbst mit auf den Weg gebracht hatte, war so gestaltet, dass sich die politische Freiheit und der Mehrheitswille selbst um den Preis ausleben konnten, dass die Demokratie „*darüber stürbe*".[48] Gerade wegen der Maßgeblichkeit des Mehrheitswillens hielt aber Christian Stock die Weimarer Verfassung für die demokratischste der Welt: „*Durch das allgemeine, gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen, das Volksreferendum und Volksentscheid, die Wahl des Präsidenten der Republik durch das Volk, das parlamentarische Regime mit Ministerverantwortlichkeit dem Parlament gegenüber, haben wir die demokratischste Form des Mitbestimmungsrechts des Volkes in Staatsangelegenheiten der Staaten der ganzen Welt*".[49] In Wirklichkeit litt das Weimarer System daran, dass die Nationalversammlung mit der starken Stellung des Reichspräsidenten einen demokratisch legitimierten „Ersatzkaiser" geschaffen hatte, der das Parlament auflösen, die Kanzler ernennen und entlassen konnte und durch Kombination von Parlamentsauflösungs- und Notverordnungsrecht den Reichstag ganz aushebeln konnte. Die Kanzler der Weimarer Zeit brauchten nicht nur das Vertrauen des zersplitterten Parlaments sondern auch das des Reichspräsidenten.[50] Diese Notwendigkeit doppelter Rücksichtnahme beeinträchtigte die Funktionsfähigkeit der Weimarer Regierungen stark, was wiederum zu Rufen nach einer „starken Hand" und - unter Hindenburg - zur vollkommenen Aushebelung des Parlaments durch die Notstandsgesetzgebung des Art. 48 WRV führte. Das Fehlen verfassungsrechtlicher Abwehrmechanismen gegen die Feinde der Demokratie hat nicht zuletzt Christian Stock teuer bezahlen müssen: Die Nationalsozialisten inhaftierten ihn vom 25. Juli 1933 bis 16. März 1934 im Konzentrationslager Kislau. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs kam er wieder zu Ehren, wurde erster hessischer Ministerpräsident und gehörte dem Parlamentari-

schen Rat an, der im Grundgesetz Antworten auf das nationalsozialistische Unrecht gab (durch Menschenwürdegarantie,[51] Diskriminierungsverbot,[52] Garantie der Informationsfreiheit,[53] Asylrecht,[54] Ermächtigung zu zwischenstaatlicher Integration,[55] Verbot des Angriffskriegs,[56] sowie Abschaffung der Todesstrafe[57])[58] und Lehren aus den Fehlern der Weimarer Reichsverfassung zog: Der Rat machte die Demokratie funktionssicherer (durch die Parlamentswahl der Bundesregierung, das konstruktive Mißtrauensvotum, die Richtlinienkompetenz des Kanzlers, die vergleichsweise schwache Stellung des Präsidenten sowie den Verzicht von Plebisziten auf Bundesebene),[59] sah den Schutz der Verfassung und die Abwehr der Diktatur vor (Begrenzung von Verfassungsänderungen,[60] Ermächtigungen nur in bestimmter Form und begrenztem Umfang möglich,[61] veränderte Notstandsgesetzgebung,[62] Grundrechtsverwirkung bei Grundrechtsmißbrauch,[63] Verbot verfassungswidriger Parteien und Vereinigungen,[64] Bindungen der Lehrfreiheit an die Verfassungstreue,[65] Bundesverfassungsgericht als Hüter der Verfassung[66]). Dies war schließlich auch im Sinne von Christian Stock. Er hatte schon 1945 auf einem SPD-Kongress gesagt: *„Die Arbeiterschaft wird aber auch erkennen müssen, dass der Staat, der hilft, auch fordert von dem der fähig ist dazu und der Staat gehütet und geschützt gehört als Gemeingut. Der demokratische Staat, der sozialistische Staat ist ein heiliger Hort, kein Gebilde mit dem man wertlos umgeht.“*[67]

Wie Flugpionier Botsch aus Rappenau einen Platz an der Sonne gewann

Als im August 1930 in Rappenau das Kurfest begangen wurde, fand ein großer Festzug mit Bildern von der Ernte, von Blumen und von Rappenau statt. Daneben zeigte eine Künstlergruppe ein großes Modell des Flugzeuges Do-X.[68] Wie passte das Modell des damals hochmodernen Dornier-Flugzeuges zum Kurfest des weitgehend noch bäuerlich geprägten Kurortes, in dem es doppelt so viele Hühner wie Menschen gab[69] und wo Gemeinderäte alljährlich die Schweine zählten?[70] Eine Erklärung liegt darin, dass die Rappenauer mehrheitlich patriotisch gesinnt waren und der Bau der Do-X, des 169 Menschen fassenden, damals größten Passagierflugzeuges der Welt[71] durch einen deutschen Flugzeugbauer nicht nur eine technische Meisterleistung, sondern auch eine nationale Prestigeangelegenheit war. Die Deutschen, die im Kaiserreich einen „Platz an der Sonne“ verlangt hatten, mussten nach dem Ersten Weltkrieg manches hinnehmen: Niederlage im Weltkrieg, Sturz der Monarchie, harter Friedensvertrag, Gebietsabtretungen, Ruhrbesetzung, Inflation, Weltwirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit. Die Do-X dagegen bewies, dass Deutschland zumindest auf einem Gebiet, nämlich dem Flugzeugbau, führend geblieben war, und das befriedigte den angegriffenen Nationalstolz der Deutschen und der Rappenauer.

Auch aus einem weiteren Grund passte ein Flugzeugmodell ganz gut zu Rappenau. War doch Albert Botsch, ein Sohn aus der Rappenauer Gießerei Botsch in den Zwanziger Jahren ein überaus erfolgreicher Fliegerpionier. 1922 gewann er beim Rhön-Segelflugwettbewerb mit dem von der technischen Hochschule Darmstadt gebauten Eindecker „Edith“[72] das dritthöchste Preisgeld.[73] Der Wettbewerb hatte großes Aufsehen erregt, da an der Rhön mit motorlosen Flügen von mehr als zwei Stunden Dauer neue Weltrekorde aufgestellt wurden. Die konservative Presse pries die Flüge als *„Marksteine in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit“*[74] und als *„Triumph deutschen Geistes, deutscher Technik und deutscher Wissenschaft“*.[75] Mit den Rekorden im Segelflug seien die *„Erdrosselungsparagraphen des Versailler Ver-*

Beim Zugspitzflug-Wettbewerb 1925 belegte Albert Botsch aus Rappenau mit seinem Bahnbeckert A.G.-Kleinflugzeug mit 14 PS den ersten Platz. (Quelle: Stadtarchiv Bad Rappenau).

trages, die Deutschland den Bau von stärkeren als 160-pferdigen Flugzeugen untersagt" [...] *„nun tatsächlich fast gegenstandslos geworden".*[76] Mit Genugtuung wurde darüber berichtet, dass die Franzosen bei fast zeitgleich stattgefundenen Segelflugversuchen bei Clermon-Ferrand gerade mal eine Flugdauer von neun Minuten erreicht hatten[77] und festgestellt, dass die deutschen Flugsegler *„glücklicherweise"* [...] *„noch nationales Empfinden genug"* besäßen, dass sie die Technik nicht an Amerikaner, Franzosen oder Holländer *„verschacherten".*[78] Über den Ziellandungsflug von Botsch, bei dem er sich in Kurven der Zielfahne näherte und den zweiten Platz belegte, wurde geschrieben, es sei der *„einwandfreiste motorlose Flug"*[79] und *„glänzend"*[80] gewesen, besser noch als der des Siegers.

Drei Jahre später, beim Zugspitzflug-Wettbewerb belegte dann Botsch mit seinem Bahnbedarf A.G.-Kleinflugzeug mit 14 PS sogar den ersten Platz. Das Starterfeld bestand aus 12 Flugzeugen, die teilweise von namhaften Herstellern wie Junkers stammten.[81] Unter den Konkurrenz-Piloten befand sich Ernst Udet,[82] ein ehemaliger Jagdpilot, der wegen seiner zahlreichen Abschüsse im Ersten Weltkrieg berühmt war. Nach der Machtergreifung machte Udet Karriere und wurde Generalflugzeugmeister und Propagandafigur des NS-Staates.[83] Als Folge der Misserfolge in der Luftschlacht um England und der damit verbundenen Anfeindungen durch Göring und andere NS-Größen beging Udet, dem auch der Titelheld aus Zuckmayers Theaterstück „Des Teufels General" nachempfunden ist, im November 1941 Selbstmord.[84] Im Vergleich zu Udet hat Albert Botsch einen glücklicheren Lebensweg gewählt: Im August 1925, wenige Monate nach dem Zugspitzflug, beendete er seine Arbeit als selbständiger Flugzeugkonstrukteur und kehrte in die Rappenauer Firma zurück, die er dann noch 37 Jahre leitete.[85] Sein Talent hat Albert Botsch nicht nur für seine Firma, sondern auch für den Kurort Rappenau eingesetzt: Von ihm stammen Idee und Entwurf des Massagebrunnens im Rappenauer Soleschwimmbad.[86]

„Rappenau" wird zu „Bad Rappenau" und bekommt eine katholische Kirche

Am 1. Oktober 1930 bekam Rappenau den Bad-Titel verliehen.[87] Dass Rappenau aufgrund seiner Salzvorkommen zum Kurort wurde, verdankt es auch der napoleonischen Neugliederung der Ländergrenzen, die nach 1806 so verliefen, dass im badischen Rappenau, dem hessischen Wimpfen und dem württembergischen Jagstfeld trotz ihrer unmittelbaren Nähe gleichzeitig Salz gewonnen wurde. Nach dem Bau der Rappenauer Saline durch den badischen Staat 1823 nutzten die Rappenauer die heilbringende Sole schon 1834 zur Eröffnung des „Sophienbades", das aber auf Dauer nicht rentabel war und 1841 einging.[88] Der Kurbetrieb wurde 1845 durch das Salinensolbad und ab 1903 mit dem Sophie-Luisen-Bad fortgesetzt.[89] In der Weimarer Zeit identifizierten sich die Rappenauer stark mit dem Kurbetrieb, schon die Volksschüler lernten gemäß einem von Oberlehrer Linder verfassten Schulbuch woher die Sole kommt, worin die Unterschiede zwischen Solebädern, Süßbädern, Kohlesäurebädern, Moorbädern, Schwitzbädern und Dampfbädern liegen und weshalb Krankheiten wie Gicht und Rheumatismus durch das Solbad gelindert werden.[90] Die Gemeinde ihrerseits investierte viel, um den Anforderungen an einen Kurort gerecht zu werden: Neue Abwasseranlagen sorgten für hygienischere Verhältnisse,[91] das Kurhotel wurde von der Gemeinde erworben und für 150 000 Mark renoviert,[92] eine Volksbücherei wurde im Gemeindehaus der Volksbank eingerichtet[93] und zum Schutz der Teerstraßen wurde eine Person angestellt, die regelmäßig die *„tierischen Abfallschaften"* entfernte.[94] Außerdem legte der Kurverein 1928 einen Kurpark mit Musikpavillon an. In seiner Festrede betonte Bürgermeister Hoffmann denn auch, wieviel Mühe und Arbeit es gekostet habe, den Namen „Bad" zu erhalten. Gleichzeitig knüpfte er daran die Bitte, die gesamte Einwohnerschaft möge zum Wohle und Emporblühen des Badeortes ihr Möglichstes beitragen.[95] Nach der Rede tauchten am Eingang der mit Lampions geschmückten Kuranlagen in großen Lettern hell beleuchtet die Worte „Bad Rappenau" auf.[96]

Gerade einmal drei Tage vor der Erhebung zum Bad hatte es in Rappenau schon etwas zu feiern gegeben. Am 28. September 1930 entzündete der Diakon in der neugebauten katholischen Kirche zu Rappenau erstmalig das ewige Licht. Die Geschichte der katholischen Kirche in Rappenau ist eng verbunden mit der Salinengeschichte. Erst durch die katholischen Arbeiter, die bei der Gründung der Saline 1823 in Rappenau Brot und Verdienst suchten, hat sich das katholische Glaubensleben in Rappenau behaupten können.[97] Um 1930, als es in Rappenau und Zimmerhof bereits mehr als 140 Katholiken gab,[98] war der Bau einer eigenen katholischen Kirche dringend geboten. Der nordwestliche Turm des von Gemmingenschen Wasserschlosses, in dem die Katholiken von 1896 bis 1928 ihre Gottesdienste abhalten durften, konnte nur ein Provisorium sein, war doch der dritte Stock für ältere und kränkliche Kurgäste kaum zu erreichen und viel zu klein;[99] um 1927 soll es dort bei Gottesdiensten – wie Pfarrer Beuschlein ausführte – zu *„Ohnmachtsanfällen infolge Überfüllung"*[100] gekommen sein. Ein Kirchenbauverein hatte auch schon seit 1906 Mittel zur Errichtung einer katholischen Kirche gesammelt. Bis zum Ersten Weltkrieg waren bereits 30.000 Mark aufgebracht, die aber in der Inflation 1923 fast gänzlich vernichtet wurden.[101] 1926 griff Pfarrer Beuschlein den Kirchenbauplan wieder auf, und sammelte erneut Gelder, weshalb er bei der Einweihung das neue Gotteshaus auch als eine *„Opferkirche"* bezeichnete, *„wo sich kleine Opfersteine mit großen Opfergaben zu einem großen harmonischen Opferbau verbinden"*.[102]

Architekt der katholischen Kirche war der vor allem in Heidelberg tätige Franz Sales Kuhn. In Heidelberg hatte sich Kuhn durch den Rathaus-Anbau, durch Kirchenbauten, durch Pläne für das Heidelberger Hallenbad und den Entwurf von Mietshäusern und Villen einen Namen gemacht[103] und für die Rappenauer Kirche einen zeitgemäß-schlichten Entwurf eingereicht.[104] Dies war wohl auch der Grund, weshalb das Erzbischöfliche Ordinariat als Architekten auf Kuhn, den Pfarrer Beuschlein für zu teuer hielt, bestand.[105] Als Vorbild für die Herz-Jesu-Kirche in Bad Rappenau diente die 1929/30 ebenfalls von Kuhn erbaute St. Wendelin-Kirche in Heidersbach im Odenwald, die wie die Rappenauer Kirche ein einschiffiges Langhaus und einen zwischen Chor und Langhaus eingefügten Turm mit zwiebelförmiger Haube aufweist.[106] Im Zeitpunkt der Weihefeiern, die in zwei Schritten am 28. September 1930 und am 25. Juni 1932 erfolgten, glich die Rappenauer Kirche noch ganz dem wohlproportionierten Bau in Heidersbach. Die 1955 erfolgte Vergrößerung und Umgestaltung des Kuhnschen Baus, die durch den Zuzug katholischer Flüchtlinge nach dem Krieg unumgänglich geworden war, ist den Rappenauer Katholiken dann auch nicht leicht gefallen, wie Pfarrkurat Theo Ullrich in der Rhein-Neckar-Zeitung schilderte: *„Allen Beteiligten tat es leid und tut es heute noch weh, daß das alte Kirchlein fast ganz dem Abriß verfiel. Es war schön und heimelig und viele besuchten es gern zum gemeinsamen Gottesdienst und zu stiller Andacht. Mit seinen kaum 25 Jahren konnte man es wahrlich nicht als alt bezeichnen, da es aber für die jetzige katholische Kirchengemeinde nur ein ‚Kirchlein' war, mußte es einer ‚Kirche' weichen. Die Entwicklung der katholischen Kirchengemeinde Bad Rappenau führte notwendig dazu."*[107]

I. Quellen:

1. Der Landbote/ Sinsheimer Zeitung vom 9. Oktober 1917 bis 30. Mai 1931.
2. Heidelberger Neueste Nachrichten vom 23., 25. und 30. August 1922.
3. Heidelberger Tageblatt vom 21. August 1922 und vom 4. Februar 1925.
4. Pfälzer Bote vom 30. September 1930.
5. Rhein-Neckar-Zeitung/ Sinsheimer Nachrichten vom 2. März 1946 und vom 27. August 1955.
6. Volkszeitung, Tageszeitung für die werktätige Bevölkerung des ganzen badischen Unterlandes (Bezirke Heidelberg bis Wertheim) vom 17. Oktober 1919 bis 3. März 1933.
7. Aufzeichnungen von Herbert Freudenberger über den Flugpionier Albert Botsch.
8. Auskünfte von Günther Haberhauer, Stadtarchiv Bad Wimpfen.
9. Stadtarchiv Bad Rappenau.

II. Literatur:

Behr, Volker A.: Dornier DO X, Stuttgart 2011.

Budde, Kai: Der Architekt Franz Sales Kuhn (1864-1938), Heidelberg 1983.

Fromme, Friedrich Karl: Von der Weimarer Verfassung zum Bonner Grundgesetz, 3. Auflage, Tübingen 1999.

Gusy, Christoph: Die Weimarer Reichsverfassung, Tübingen 1997.

Gusy, Christoph: Die Weimarer Verfassung und ihre Wirkung auf das Grundgesetz, Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte (ZNR), 208-224.

Haberhauer, Günther: Wimpfener Zeitungsgeschichte(n) ... eine Chronik – ein Lesebuch – ein Bilderbuch, Bad Wimpfen 1999, S. 232 – 234

Hildebrandt, Armin: Von Weimar nach Wiesbaden, Reden und Schriften von Christian Stock (1884 – 1967), Darmstadt 1984.

Hümmelchen, Gerhard: Generaloberst Ernst Udet. In: Gerd R Ueberschär, Hitlers militärische Elite, 68 Lebensläufe, 2. Auflage 2011, S. 258-264.

Kloepfer, Michael: Verfassungsgebung als Zukunftsbewältigung aus Vergangenheitserfahrung. In: Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Verfassungsgeschichte, Seminar zum 80. Geburtstag von Karl August Bettermann, S. 35- 84.

Konnerth, Michael: Ein Führer zu Sehenswertem mit der Geschichte von Stadt, Saline und Kurbetrieb, Weinsberg 1990.

Linder, Friedrich: Heimatkunde fürs 2. Schuljahr, Rappenau 1911.

Maisenhälder, Otto: Die Wimpfener Römerbrücke. In: Regia Wimpina, Beiträge zur Wimpfener Geschichte, Band 5, Das römische Wimpfen, Bad Wimpfen 1988, S. 129 – 134.

Mommsen, Hans: Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar, 1918-1933. 3. Auflage, München 2009.

Mühlhausen, Walter: Christian Stock 1910 – 1932, Vom Heidelberger Arbeitersekretär zum hessischen Ministerpräsidenten, Heidelberg 1996.

Müller, Bernd: Architekturführer Heidelberg, Bauten um 1000 – 2000, Mannheim 1998.

Müller, Christian Th.: Von Tannenberg zur „stillen Diktatur". Hindenburg und Ludendorff. In: DAMALS, 8/2012, Hindenburg. Der Mann, der Hitler zur Macht verhalf, S. 28-35.

Neuwirth, Gustav: Geschichte der Stadt Bad Rappenau, Bad Rappenau 1978.

Petzold, Rudolf: 1932 – Die katholische Kirche wird geweiht. In: Bad Rappenauer Heimatbote 2012 (Nr. 23), S. 42 -55.

Pöhlmann, Markus: Krise und Karriere. Die Schlacht von Tannenberg. In: DAMALS, 8/2012, Hindenburg. Der Mann, der Hitler zur Macht verhalf, S. 22-27.

Pyta,Wolfram: Die Leitidee der „Volksgemeinschaft". Hindenburg als Reichspräsident. In: DAMALS, 8/2012, Hindenburg. Der Mann, der Hitler zur Macht verhalf,

Pyta, Wolfram: Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, 2. Auflage, München 2007.

Roerkohl, Anne: Die Lebensmittelversorgung während des Ersten Weltkrieges im Spannungsfeld kommunaler und staatlicher Maßnahmen, in: Teuteberg, Hans-Jürgen (Hrsg.): Durchbruch zum modernen Massenkonsum – Lebensmittelmärkte und Lebensmittelqualität im Städtewachstum des Industriezeitalters, Münster 1987, S. 309 -374.

Winkler, Heinrich August: Weimar 1918-1933. 4. Auflage, München 2005.

Anmerkungen:

1 Volkszeitung vom 13. Dezember 1920, Der Landbote vom 8. Dezember 1920 unter „Aus Nah und Fern".
2 Der Landbote vom 23. Mai 1918 unter „Verschiedenes".
3 Der Landbote vom 18.1.1919 unter „Aus Nah und Fern".
4 Der Landbote vom 4. Oktober 1919 unter „Aus Nah und Fern".
5 Der Landbote vom 1. Oktober 1918 unter „Aus Nah und Fern".
6 Volkszeitung vom 20. August 1920 und Landbote vom 22. September 1920 unter „Aus Nah und Fern."
7 Der Landbote vom 5. Januar 1918 („Aufgaben der Landwirte").
8 Der Landbote vom 26. August 1922 unter „Aus Nah und Fern: Bekämpfung der Preistreiberei".
9 Volkszeitung vom 8. März 1920.
10 Der Landbote vom 30. Juli 1920 unter „Aus Nah und Fern".
11 Volkszeitung vom 23. März 1921.
12 Volkszeitung vom 23. März 1921.
13 Volkszeitung vom 23. März 1921.
14 Winkler, S. 213ff.
15 Winkler, S. 225f.
16 Volkszeitung vom 20. März 1920.
17 Der Landbote vom 16. und vom 19. März 1923.
18 Der Landbote vom 3. Juli 1922.
19 Der Landbote vom 3. Juli 1922.
20 Der Landbote vom 3. Juli 1922.
21 Der Landbote vom 3. Juli 1922.

22 Vgl. Winkler, S. 179.
23 Volkszeitung vom 15. November 1919.
24 Volkszeitung vom 15. März 1926.
25 Volkszeitung vom 12. März 1926.
26 Volkszeitung vom 8. März 1926.
27 Volkszeitung vom 8. März 1926.
28 Vgl. Volkszeitung vom 11. März 1926.
29 Volkszeitung vom 11. März 1926.
30 Volkszeitung vom 12. März 1926: Der Kampf um die Fürstenabfindung.
31 Mommsen, S. 298.
32 Winkler, S. 314.
33 Winkler, S. 314.
34 Abstimmungsergebnisse über den Gesetzentwurf „Enteignung der Fürstenvermögen", Badisches Statistisches Landesamt 1926.
35 Vgl. Mommsen, S. 299.
36 Haberhauer, S. 232 – 234; vgl. Maisenhälder, S. 129- 134.
37 Haberhauer, S. 232 – 234.
38 Haberhauer, S. 234.
39 Haberhauer, S. 232-234.
40 Auskunft von Günther Haberhauer, Stadtarchiv Bad Wimpfen.
41 Auskunft von Günther Haberhauer, Stadtarchiv Bad Wimpfen.
42 Haberhauer, S. 367.
43 Mühlhausen, S.57.
44 Mühlhausen, S. 63- 102.
45 Volkszeitung vom 3. Oktober 1929.
46 Volkszeitung vom 3. Oktober 1929.
47 Gusy, Die Weimerer Reichsverfassung, S. 312.
48 Vgl. Fromme, S. 177.
49 Hildebrandt, S. 30.
50 Fromme, S. 71.
51 Vgl. Art. 1 GG.
52 Art. 3 Abs. 3 GG.
53 Art. 5 Abs. 1 S.1 Hs. 2 GG.
54 Art. 16 Abs. 2 GG a.F.; jetzt Art. 16 a GG.
55 Art. 24 GG.
56 Art. 26 GG.
57 Art. 102 GG.
58 Kloepfer, S. 47- 59.
59 Vgl. Gusy, Die Weimarer Verfassung und ihre Wirkung auf das Grundgesetz, S. 210.
60 Art. 79 Abs. 3 GG.
61 Art. 80 GG.
62 Art. 81 GG.
63 Art. 18 GG.
64 Art. 21 Abs. 2 GG und Art. 9 Abs. 2 GG.
65 Art. 5 Abs. 3 S. 2 GG.
66 Art. 93 GG.
67 Hildebrandt, S. 85.
68 Volkszeitung vom 15. August 1930
69 Gemäß der Volkszeitung vom Freitag, 5. Dezember 1930 erbrachte die Viehzählung vom 1. Dez. 1930 in Rappenau folgendes Ergebnis: 14 Pferde, 376 Rindvieh, 641 Schweine, 222 Ziegen, 3733 Hühner, 114 Gänse, 32 Enten, 16 Bienenvölker, 48 Hunde. Dagegen hatte Rappenau im Jahr 1925 eine Einwohnerzahl von 1682 (Vgl. Neuwirth, Geschichte der Stadt Bad Rappenau, S. 174).
70 Vgl. Volkszeitung vom 29. August 1932.
71 Behr, S. 129 ff.

72 Heidelberger Tageblatt vom 21. August 1922.
73 Heidelberger Neueste Nachrichten vom 30. August 1922.
74 Heidelberger Neueste Nachrichten vom 23. August 1922.
75 Heidelberger Neueste Nachrichten vom 23. August 1922.
76 Heidelberger Neueste Nachrichten vom 25. August 1922.
77 Heidelberger Tageblatt vom 24. August 1922.
78 Heidelberger Neueste Nachrichten vom 30. August 1922.
79 Heidelberger Tageblatt vom 21. August 1922.
80 Heidelberger Tageblatt vom 21. August 1922.
81 Heidelberger Tageblatt vom 4. Februar 1925.
82 Heidelberger Tageblatt vom 4. Februar 1925.
83 Hümmelchen, S. 261.
84 Hümmelchen, S. 262f.
85 Aufzeichnungen von Herbert Freudenberger über Albert Botsch.
86 Aufzeichnungen von Herbert Freudenberger über Albert Botsch.
87 Volkszeitung vom 6. Oktober 1930.
88 Konnerth, S. 44f.
89 Konnerth, S. 45-50.
90 Linder, Heimatkunde, S. 45.
91 Volkszeitung vom 12. Juli 1929: In der Salinen- und Babstadter Straße sind Kanalisationsarbeiten durchgeführt worden.
92 Volkszeitung vom 31. Oktober 1930.
93 Volkszeitung vom 23. September 1930.
94 Volkszeitung vom 30. Juli 1930.
95 Volkszeitung vom 6. Oktober 1930.
96 Volkszeitung vom 6. Oktober 1930.
97 Der Landbote, Sinsheimer Zeitung vom 1. Oktober 1930.
98 Petzold, S. 43.
99 Petzold, S. 46.
100 Petzold, S. 46.
101 Petzold, S. 47.
102 Pfälzer Bote vom 30. September 1930. Bei der Grundsteinlegung der neuen katholischen Kirche am 9. Juni 1929 sprach neben den katholischen Würdenträgern auch der damalige evangelische Ortspfarrer Henrici. Er zitierte dabei einen Bibelvers aus 1. Kor. 3 Vers 11: „Einen andern Grund kann niemand legen außer dem, der gelegt ist, welcher ist Jesus Christus." (Zeitzeugenbericht von Frida Rothenhöfer ,*1900 - † 1969).
103 Müller, Architekturführer, S. 21, 139, 143, 162, 181, 191, 192, 195.
104 Petzold, S. 48.
105 Petzold, S. 48.
106 Budde, S. 198.
107 Rhein-Neckar-Zeitung, Sinsheimer Nachrichten vom 27. August 1955: Kirchenbau in Rappenau vollendet.